

# Ein gewisses Maß an Selbstkritik

*Leserbrief von Erwin Junker in der OP 19.März 2022*

Es kann einen zur Verzweiflung treiben! Da überfällt die russische Regierung die Ukraine im Angesicht hochgerüsteter Nato-Armeen und demonstriert damit auch gleichzeitig die Untauglichkeit militärischer Mittel zur Kriegsverhütung, und der Wehrbeauftragten des Bundestages „schärft“ der Angriff paradoxerweise „das Bewusstsein dafür, wie wichtig militärische Abschreckung sei“, welche für Markus Decker gar „zur Überlebensnotwendigkeit“ wird, „die jedem unmittelbar einleuchtet“.

Kanzler Scholz stellt ohne öffentliche Debatte einen gigantischen Aufrüstungsplan vor: Neben einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro sollen für die Bundeswehr künftig jährlich über 70 Milliarden Euro bereitstehen, ein Plus von knapp 50 Prozent gegenüber 2021 (46,9 Milliarden Euro); und dies nach einem seit 2014 (32,4 Milliarden Euro) bis 2021 bereits realisierten Zuwachs um satte 44,75 Prozent.

Wohin soll das noch führen?

Statt angesichts der Katastrophe in der Ukraine zu deeskalieren, wird reflexartig wieder einmal tief in die Mottenkiste längst überholter „Sicherheitskonzepte“ gegriffen, die, sollte es einmal „zum Schwur kommen“, nichts als Tod und Vernichtung bringen können. Frau Baerbock hat schon Recht, wenn sie Russland zuruft: „Ihre Panzer bringen keinen Frieden, Ihre Panzer bringen Zerstörung.“ Sie hat nur versäumt, ihre eigene Regierung zu adressieren.

Auf der Tagesordnung einer verantwortungsvoll handelnden Regierung müsste nun endgültig stehen, mit Besonnenheit und Klugheit und ohne Gewaltandrohung Wege zur Beendigung des Krieges und der anschließenden Erhaltung des Friedens zu beschreiten. Die Friedensforschung hat längst entsprechende friedenslogische Konzepte erarbeitet. Sie gilt es offen und kritisch zumindest zu prüfen, statt Milliardensummen nutzlos für Aufrüstung zu verbrennen.

Nun werden Rüstungsapologeten darauf hinweisen, das sei gegenwärtig gar nicht zu bewerkstelligen. Dieser Einwand basiert auf dem alten Trick, die 30-jährige Geschichte des Ukraine Konflikts nur selektiv und einseitig zur Kenntnis zu nehmen. Würde man genauer hinschauen, wäre erkennbar, wo die Weichen im Sinne einer friedensfördernden Politik hätten anders gestellt werden müssen. Daraus könnten Schritte zur Konfliktbeendigung entwickelt werden. Das würde allerdings ein gewisses Maß an Selbstkritik auch auf Seiten des Westens erforderlich machen.

Verstärkt aber gilt nach wie vor die alte Einsicht, dass es in den internationalen Beziehungen Sicherheit nicht gegeneinander, sondern nur miteinander geben kann.